



Nach Brexit? Europa besser machen!

Der Austritt Großbritanniens aus der EU bedeutet einen tiefen Einschnitt für die europäische Idee. Die EU ist aber keine Zwangsgemeinschaft. Eine demokratische Wahl hat den Austritt besiegelt. Die Vorbehalte gegenüber einer schnellen Einlösung des Wahlergebnisses seitens der britischen Regierung deuten jedoch darauf hin, dass ein Plan für den Austritt bereits vor dem Referendum fehlte.

Die britischen Verantwortungsträger betonen jetzt, doch an dem europäischen Binnenmarkt teilhaben zu wollen. Das Wahlversprechen der „Leave“-Kampagne wird dabei sofort Lügen gestraft. Denn die Regeln für diesen Binnenmarkt schreibt nach wie vor die EU. Diese Erfahrung machen Länder wie Norwegen oder die Schweiz, die zwar keine EU-Mitgliedstaaten sind, aber an dem Europäischen Wirtschaftsraum teilhaben. Diese Länder müssen rund drei Viertel der EU-Gesetzgebung in nationales Recht umsetzen. Für die Teil-

habe am Binnenmarkt zahlen sie sogar hohe Summen. Der Haken: Das Recht auf Mitbestimmung der anzuwendenden Regeln fehlt. Auch für Großbritannien würde der Austritt demnach sehr viel eher einen Kontrollverlust als das versprochene „Take back control“ bedeuten.

Weshalb sind die offensichtlich fragwürdigen Argumente der Austritts-Befürworter auf fruchtbaren Boden gefallen? Offenbar besteht ein tiefes Unbehagen vieler Menschen – nicht nur in Großbritannien – gegenüber der aktuellen Funktionsweise der EU. Und genau darum muss sich die EU kümmern. Die Leitfrage muss dabei nicht sein, ob wir ganz dogmatisch ein „Mehr an Europa“ oder ein „Zurück zu den Nationalstaaten“ wollen, sondern: „Welches Problem ist auf welcher Ebene am besten lösbar?“

Beispiel Klimaschutz: Hier ist es mehr als sinnvoll, gemeinsame Regeln festzulegen, weil kein Nationalstaat ernsthaft behaupten könnte, die

Klimaschutzziele durch eigene Schritte zu erreichen. Beispiel Terrorismusbekämpfung: Eine gemeinsame Armee und ein gemeinsamer Sicherheitsdienst sind nötig, um Sicherheit für unseren Kontinent zu garantieren, und international agierende Terrororganisationen zu bekämpfen. Anders sieht es z.B. bei den SEC-Buchhaltungsnormen aus, die zukunftssträchtige Investitionen nach wie vor mit der Vorgabe des „Mit dem Einkommen auskommen“ vereinbar machen und flexibler gehandhabt werden sollten.

Es ist genau diese Diskussion, die jetzt geführt werden muss. Denn die revolutionäre Idee der Union darf – bei allen vorhandenen Fehlern – nicht kaputtgemacht werden. Das wäre das Kind mit dem Bade ausschütten. Darum auch gerade jetzt: Ja zu einem besseren Europa!

**Pascal Arimont, Mitglied
des Europäischen Parlaments
www.csp-dg.be**



Kein Platz für Hasardeure

Und sie haben es doch getan... Allen Unkenrufen, Prognosen und Hoffnungen der Brexit-Gegner zum Trotz hat sich das britische Volk in einem Referendum am vergangenen Freitag für einen Austritt aus der Europäischen Union ausgesprochen.

Dies ist – über den heftigen Kater der 48% der Brexit-Gegner im Vereinigten Königreich hinaus – nicht zuletzt ein schwerer Schlag für die EU. Ob es jedoch wirklich die größte Krise der Europäischen Union auslösen wird, wie allenthalben in immer neuen Superlativen zu lesen und hören ist, sei zunächst einmal dahingestellt.

Und ob wirklich alle übrigen EU-Mitgliedstaaten große Tränen über den Austritt Großbritanniens verlieren werden, ist momentan auch nicht mehr als eine steile These. Zu sehr haben die Briten in den vergangenen Jahren Sonderrechte eingefordert, auf die Brüssel allzu oft eingegangen ist. Darüber hinaus sind gerade die südlichen EU-Mitgliedstaaten seit geraumer Zeit

nicht mehr mit der strengen Sparpolitik der EU einverstanden. Vergessen wir nicht, dass gerade Großbritannien einer der stärksten Befürworter einer rigiden Austeritätspolitik war und ist. Mit der Insel verliert Deutschland nun seinen wichtigsten Partner in dieser Frage. Sicherlich auch ein Grund, warum gerade Kanzlerin Merkel nach dem Referendum zunächst vehement auf die Bremse trat, was einen möglichst zügigen Austritt der Briten aus der EU betrifft.

Fakt ist: die EU wird sich verändern müssen. Darin sind sich zunächst einmal alle Beobachter einig. Ein wichtiger Ansatz wäre dabei eine Stärkung des EU-Parlaments und die Schwächung des Europäischen Rats, der in erster Linie dazu dient, nationalstaatliche Interessen durchzudrücken. Dies hat mit europäischer Integration nichts gemein. Vielmehr sorgt der nationalstaatliche Einfluss immer mehr für Verdruss und treibt die Bürger in die Fänge von Populisten und Extremisten. Der Erfolg der Brexit-Befürworter ist das

herausragende, das Erstarren von Parteien wie dem FN, der AfD oder der N-VA weitere Beispiele für diese Entwicklung.

Bei aller Sympathie für das britische Volk, ist es dennoch bestürzend, dass gerade in einem solchen traditionellen Einwanderungsland in aller Öffentlichkeit rassistischer Populismus verbreitet wurde. Die Kälte, mit der seitens der Brexit-Befürworter argumentiert wurde, ist befremdlich. Dies soll keine Kritik am Votum oder am Wahlausgang sein.

Das Volk hat gesprochen und mit der Entscheidung gilt es nun zu umzugehen. Doch die Dreistigkeit, mit der gerade die vorderste Front der Austritts-Befürworter keine 48 Stunden nach dem Votum bereits ihre eigenen Versprechen zu brechen versucht, ist schon – in einem sehr negativen Sinne – beindruckend.

Als seien mitunter Hasardeure am Werk gewesen...

**Charles Servaty, Vorsitzender
der SP-Fraktion im PDG
www.sp-dg.be**



EU verlängert Glyphosat-Zulassung

Da die EU-Mitgliedstaaten sich nicht auf eine Mehrheitsposition zur Verlängerung der Zulassung der Glyphosat einigen konnten, hat die EU-Kommission nun eigenhändig die Verlängerung um 18 Monate des krebserregenden Herbizids beschlossen.

Zwei Drittel der europäischen Bevölkerung sind gegen die Erneuerung der Zulassung des Wirkstoffes, der sich unter anderem in Monsanto's Round Up befindet und dessen Zulassung am 30. Juni 2016 auslaufen sollte. Die Europäer wollen Glyphosat weder in ihrem Essen noch auf den Feldern. Bürger der EU wünschen sich, dass ihre Gesundheit und die ihrer Kinder und nicht die finanziellen Interessen eines multinationalen Konzerns im Vordergrund stehen.

Durch eine Entscheidung für eine progressives Zurück-

fahren von Round Up hätten die EU-Mitgliedstaaten und die EU-Kommission die große Chance gehabt, ein klares Zeichen für den Verbraucherschutz zu setzen. Dies hätte auch den europäischen Bauern genug Zeit gelassen, ihre Arbeitsweise anzupassen. Stattdessen gewährt die Europäische Kommission Glyphosat einen erneuten Aufschub-Zeit für neue Studien, aber vor allem Zeit für multinationale Konzerne wie Monsanto und anderen Lobbies weiter Druck aufzubauen.

Diese Entscheidung ist einzig und allein eine Entscheidung für die industrielle, auf toxischen Chemikalien basierende Landwirtschaft, die nicht nur unserer Gesundheit schadet, sondern zusätzlich unsere Böden sterilisiert, unsere Biodiversität zerstört und die Produktion von genmani-

pulierten Pflanzen fördert. Hier werden nicht die Interessen und Wünsche der Bevölkerung vertreten, sondern die einer Multinationals und ihrer finanziellen Interessen. Genau das Gegenteil von dem, was die Bürger der EU von ihr brauchen und erwarten! In einer Zeit, in der immer mehr Bürger den EU-Institutionen skeptisch gegenüber stehen, nachdem sogar ein Land den Austritt aus der EU beschlossen hat, hat die EU ihre erste große Chance verpasst den Europäern zu beweisen, dass sie im Sinne der EU-Bürger besteht und handelt.

Die Zulassung gilt dieses Mal nur für 18 Monate. Ecolo wird sich weiterhin auf allen Ebenen für das endgültige Verbot von Glyphosat und Round Up einsetzen.

ECOLO-Ostbelgien



Brexit: Nein zur EU, ja zu Europa!

Auf die Frage, ob die Briten Europa, wie es bisher war, ablehnen, antwortet der englische Schriftsteller Forsyth in einem Interview:

„Nein! Sie sagen immer Europa, Europa. Europa ist ein Festland. Okay? Wir sprechen hier von einer entfernten, arroganten, inkompetenten Regierung in Brüssel unter Herrn Juncker; und seine Regierung über uns wollen wir ablehnen und das haben wir getan!“ Und er hat Recht damit. Europa hat gewonnen, aber die EU und ihre Machtstrukturen in Brüssel und ihrer Fassadendemokratie haben verloren. Die Bürger Europas erkennen mehr und mehr welche Richtung die EU eingeschlagen hat. Ich will gar nicht von der total überbeuerten und ineffizienten Bürokratie der EU sprechen, in welcher Milliarden an Steuergeldern versanden, den zahlreichen „Freihandelsabkommen“ der EU mit Drittländern welche den Hunger in der Welt nur mehren, oder dem Lissa-

bon Vertrag, die Verfassung Europas, welche

jeden Mitgliedstaat dazu verpflichtet aufzurüsten und welcher Angriffskriege, ja Angriffskriege zur Rohstoffabsicherung erlaubt! Nein, dies alles alleine ist nicht der Grund für den Brexit. Auch sind es keine „dumpfen Parolen von Populisten“; nein die EU hat sich, wie die klassische Politik im Allgemeinen vom Bürger entfernt, und dies haben ein Großteil der Briten verstanden. Wer jetzt mit freiem Handel und Frieden kommt, der sollte sich mal anschauen was in der EU und an ihren Grenzen los ist: Rekordverschuldung und Arbeitslosigkeit im ganzen Süden Europas. Wer hat denn die NATO und die USA unterstützt als Libyen und der Irak bombardiert wurden? Für den freien Handel untereinander bedarf es kein übergeordnetes Machtkonstrukt wie die EU, welche alles regulieren und befehlen möchte. Ja, sogar die Haushalte der Gemeinden werden

durch die EU bestimmt. Nein, die Briten haben ein Zeichen gesetzt und die Bürger Europas sollten dieses Zeichen nutzen.

Wenn wir jetzt die richtigen Lehren aus dem Scheitern der EU ziehen, dann kann ein gesundes Fundament für eine neue europäische Zukunft aufgebaut werden, in welcher nicht die „Euro oder Bankenrettung“ und die Macht der Konzerne im Vordergrund stehen. Wie sagte Juncker einst:

„Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, ob was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.“ Würden Sie solchen Leuten die Zukunft Europas anvertrauen? Wir nicht.

Und die Briten wollen es auch nicht.

**Michael Balter u. Alain Mertes
www.vivant-ostbelgien.org**



Notenschutz und Nachteilsausgleich – endlich!

Die Aufmerksamkeit erlangte dieses Thema mit einer Frage unserer Gemeinschaftsabgeordneten Evelyn Jadin im Rahmen der Plenarsitzung vom 3. November 2014.

Damals haben wir, die PFF, die Problematik der Legasthenie und Dyskalkulie erstmals auf den Tisch gebracht. Eine Bürgerin hatte uns auf die Sache aufmerksam gemacht und uns mit der Sorge um ihr unter Dyskalkulie leidendes Kind betraut. Als volksnahe Politiker haben wir uns der Sache angenommen.

Wir brachten relativ schnell in Erfahrung, dass im Falle von Legasthenie oder Dyskalkulie, schon sehr gute inklusive Lernförderungsmethoden angewandt wurden. Jedoch stellten wir ebenfalls fest, dass Schulen bei der Formulierung und Aufsetzung von Abfragen und Prüfungstexten oftmals nicht zur Genüge auf die Lernschwächen eingehen. Dies schürt jedoch die Motivation

und das Wohlbefinden der Schülerinnen und Schüler.

In Deutschland, z.B., erhalten Legastheniker einen so genannten „Nachteilsausgleich“. Der Diskalkulie wurde auch hier damals, sprich 2014, noch kaum Rechnung getragen.

Das Thema wurde meinerseits daraufhin immer wieder an den zuständigen Minister herangetragen, der uns versicherte dass noch „in dieser Legislaturperiode“ eine dekretale Grundlage zur Verbesserung geschaffen werde!

Vor dem Hintergrund der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit einer Beeinträchtigung war dies nur empfehlenswert. Diese besagt, dass sie eine „volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe“ an der Gesellschaft haben sollten. Dazu zählt, ganz klar, auch Chancengerechtigkeit in der schulischen Leistungsermittlung und -bewertung.

Die dekretale Grundlage wird nun effektiv im Rahmen

des Maßnahmendekretes für das Unterrichtswesen geschaffen und verankert. Das Dekret zum Nachteilsausgleich soll bereits zum 1. September 2017 in Kraft treten und das des Notenschutzes ab September 2018 seine volle Wirksamkeit finden. Doch schon jetzt können beide Konzepte in der DG angewandt werden.

Wir möchten hiermit nochmals und mit aller Deutlichkeit betonen, dass der FOKUS bei alledem auf unseren Jugendlichen liegen muss, die mit diesen Schwächen den Schulalltag meistern müssen.

Es liegt uns sehr am Herzen, dass unsere Jugendlichen ihre Kompetenzen und Möglichkeiten voll und ganz ausschöpfen können und sind deshalb sehr froh, dass die von uns vorgebrachte Thematik ernst genommen wurde und endlich eine angemessene dekretale Grundlage erhält.

**Gregor FRECHES
Fraktionsvorsitzender**



Unsere schöne DG - Warum in die Ferne schweifen...

In den letzten Wochen hat sich hierzulande das verdiente Sommergefühl bei den meisten noch nicht so recht einstellen wollen. Mit Sicherheit wird sich dies für viele zu Beginn der nun folgenden Haupturlaubsperiode ändern, wenn sie eine nähere oder weitere Reise antreten.

Wem das dieses Jahr nicht vergönnt ist, braucht sich nicht zu grämen, denn auch unsere deutschsprachige Gemeinschaft ist reich an bekannten und weniger bekannten schönen Ecken, die das Leben zu Hause oder einen Urlaub für Touristen attraktiv machen. Bemerkenswert ist hierbei, wie jede einzelne unserer neun Gemeinden ihre besonderen Reize hat, so dass die DG nicht zuletzt auch durch ihre große Vielfalt bereichert ist.

Der Schönheit der Natur und unseres kulturellen Erbes

ist sich auch die Politik in der DG bewusst. Und so wurde in den letzten Jahren gezielt einerseits in den Ausbau der touristischen Infrastruktur und andererseits in den Erhalt des kulturellen Erbgutes investiert. Aktuell wird beispielsweise die bestmögliche Regelung für die bekannten Bretterwege im hohen Venn gesucht oder auch in die Restaurierung und Instandhaltung zahlreicher architektonisch wertvoller Gebäude investiert.

Zudem bieten die Gemeinschaftszentren vielfältige Möglichkeiten, ob man nun Erholung in der Natur, durch Sport oder in der Stadt sucht. Eines dieser Gemeinschaftszentren ist das neu gestaltete Kloster Heidberg, welches restauriert und als Seminarzentrum ausgebaut wurde. Den meisten Einheimischen wie Touristen dürfte wohl das Na-

turzentrum Ternell bestens bekannt sein und das Zentrum Worriken am Bütgenbacher See trumpft mit vielfältigen Sport- und Freizeitangeboten.

All das hat ProDG motiviert, einen Fotowettbewerb mit dem Titel „die schönsten Ecken der DG“ zu organisieren. Der Wettbewerb läuft den ganzen Sommer über bis zum 15. September. Jeder ist hierbei herzlich eingeladen, uns ein Foto von einer „schönen Ecke“ in der DG zu schicken. Die schönsten Fotos werden zu einem Fotoalbum verarbeitet und der Gewinner durch ein Familien-Foto-Shooting in der DG prämiert. Auf geht's!

Wir wünschen einen schönen, erholsamen und vielleicht preisgekrönten Sommer! Nähere Infos unter www.prodg.be
**Alfons Velz,
ProDG Fraktionsvorsitzender**